Anzeige

Mittendrin

DIE LINKE. Stadtverband Gladbeck

Linke Zeitung für Gladbeck

Samstag, 5. September 2020

Olaf Jung: Spitzen- und Bürgermeisterkandidat

Die Stärkung der Demokratie und eine sozial- und umweltgerechte Stadt sind seine Hauptziele

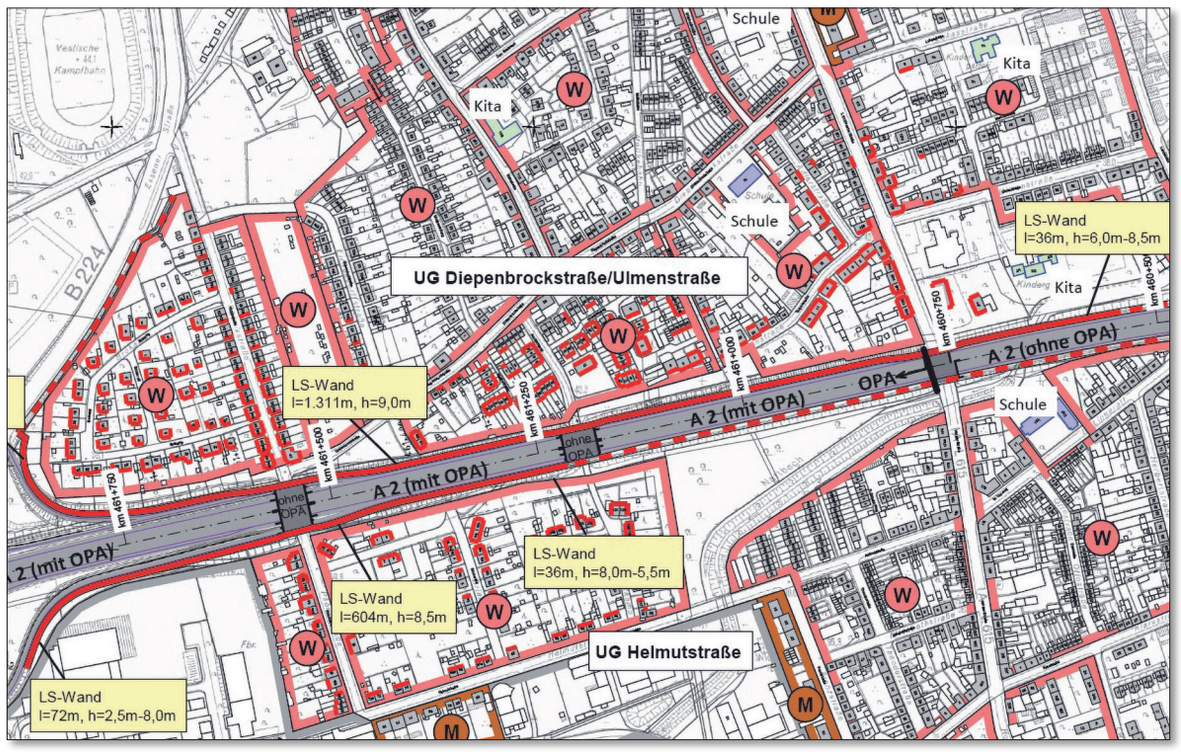
Ich bin gebürtiger Gladbecker, 56 Jahre alt, Diplom-Ingenieur und lebe mit meiner Familie in Butendorf.
Ich mache seit 16 Jahren Politik in Gladbeck – vor allem für die Benachteiligten und die nicht so gut Gestellten der Gesellschaft. Es ist eine soziale Politik für alle Menschen in Gladbeck, aber besonders für die „kleinen Leute“. Bezahlbarer Wohnraum, Bekämpfung der Armut, Integration der Zuwanderer und die Gleichstellung der Frauen gehören dabei unbedingt dazu, aber auch viele andere Dinge .
Als Bürgermeister würde ich transparenter handeln als es momentan geschieht. Bei der kaum begründeten Verteuerung des Heisenberg-Neubaus um 10 Millionen Euro oder der mangelnden Kommunikation bei der Schwechater Straße 38 wurde gehandelt, ohne den Rat ausreichend zu informieren.
Die Menschen müssen Hintergründe kennen, die Dinge müssen offen und nachvollziehbar für sie sein. Es geht um mehr Mitsprache und somit eine Stärkung der kommunalen Demokratie.
In der Kinder- und Jugendpolitik hapert es in Gladbeck mächtig. Da werden Schulen geschlossen und Kinder auf weite Schulwege geschickt. Die Schließung des Jugendtreffs KARO war definitiv ein Fehler, der rückgängig gemacht werden muss. Auch bezahlbarer Wohnraum fehlt in Gladbeck. Hier würde eine Quote für Sozialwohnungen abhelfen.
Wir bleiben beim Nein zur A 52 und zum Windrad auf der Mottbruchhalde. Gladbeck soll lebens- und liebenswert werden, sein und bleiben. Dazu gehört zwingend der Erhalt des Erholungswertes von Wittringen und die Entwicklung der Mottbruchhalde zu einem Bürgerpark.

Gladbeck: Stadt für alle und mit allen

DIE LINKE. Gladbeck stellt ihr Wahlprogramm vor

Eine Politik für alle will die DIE LINKE für Gladbeck und sozial und ökologisch soll sie sein. „Beides sind Querschnittsaufgaben, die man gar nicht als isolierte Themen sehen kann, sondern die sich begleitend durch viele Politikfelder hindurchziehen“, so Olaf Jung, Vorsitzender der aktuell dreiköpfigen Fraktion und Spitzen- und Bürgermeisterkandidat für die Kommunalwahlen am 13. September.
Besonders setzt sich DIE LINKE ein für den Stopp von Zwangsumzügen und Sanktionen für Hartz IV-Empfänger und die Schaffung von Jugendfreizeittreffs in allen Stadtteilen.
Bildung soll kostenfrei sein, und zwar von der gebührenfreien Kita an, für Erstklässler fordert DIE LINKE eine kostenlose Erstausstattung.
„Auch Umweltpolitik kann man nicht isoliert betreiben“, so Olaf Jung. So müssten bei der Stadtplanung immer auch die Klimafolgen mit bedacht werden. Den Schutz vor Lärm, Feinstaub und Abgasen will DIE LINKE durch flächendeckende Tempo-30-Zonen und die Verdrängung der Autos aus der Innenstadt realisieren. „Die Stärkung von Rad und Nahverkehr ist dafür Voraussetzung. Wir brauchen mehr und breitere Radwege und eine bessere Taktung des ÖPNV, der vor allem preiswerter werden muss“, so Rüdiger Jurkosek, Vorsitzender des Stadtverbands.
Besonders wichtig ist der LINKEN, dass öffentliche Aufgaben in öffentlicher Hand bleiben bzw. wieder zurück geführt werden.
„Insgesamt muss die Politik transparenter werden“, schließt Olaf Jung ab. „Die Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen kann nur gelingen, wenn sie über die nötigen Sachinformationen verfügen. Darum müssen alle Auskunfts- und Informationsmöglichkeiten umfassend gestärkt und genutzt werden.“

v.l.n.r.: Franz Kruse, Ingrid Wiechert, Herbert Böhler, René Schäfersküpper, Philipp Euler, Andreas Martin, Benedikt Jung, Bernd Joemann, Rüdiger Jurkosek



an den rot markierten Gebäuden werden nachts die gesetzlich zulässigen Grenzwerte für Lärm überschritten; Lärmschutzfenster werden jedoch nur für Schlafräume, nicht für andere Räume finanziert; LS-Wand = Lärmschutzwand; OPA = offenporiger Asphalt

Bald gibt‘s was auf die Ohren!

Lärmschutzgutachten zum Ausbau der B 224 kommt zu bedenklichen Ergebnissen

Um den Bau des riesigen Autobahnknotens überhaupt angehen zu können, soll Gladbeck mit extrem hohen Lärmschutzwänden aufgehübscht werden. Von der Horster Straße an in Richtung Westen sollen auf dem hohen Damm der A 2 noch 9 Meter hohe Lärmschutzwände errichtet werden. Das bedeutet eine Zäsur zwischen Butendorf und Brauck und für das Stadtbild eine katastrophale Fehlentwicklung.
Aus den Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren zum Autobahndreieck in Gladbeck geht aber auch hervor, dass in Butendorf und Brauck an ca. **400 Wohngebäuden** die gesetzlich zulässigen Grenzwerte für Autobahnlärm überschritten werden (siehe Karte links), und dies, obwohl diese Gebäude im Schatten der Lärmschutzwände liegen. Hier zeigt sich der ganze Irrsinn der Planung eines Autobahnknotens mitten in unserem Stadtgebiet, dessen extreme Lärmemissionen sich niemals werden eindämmen lassen. Dort, wo sich im Normalfall die Verteilerfahrbahnen befinden, mit denen die Autobahnen verbunden werden, befinden sich in Gladbeck die dicht besiedelten Stadteile Butendorf und Brauck sowie unser wichtigstes Naherholungsgebiet Wittringen.

Entschieden gegen Hass und Hetze

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- Bekämpfung jeder Art von Diskriminierung
- eine faire Asylpraxis, die auf Integration setzt und nicht von Abschiebung geprägt ist
- Chancengleichheit bei Bildung, Erziehung, Ausbildung und Arbeit
- individuelle verpflichtende Sprachförderung mit aller dafür notwendigen Unterstützung
- Konzepte für ein Zusammenleben in guter Nachbarschaft
- das Projekt SCHLAU (Schwul-lesbische Aufklärung) stärker fördern
- Arbeitsplätze ohne Diskriminierung als Kriterium für die Vergabe städtischer Mittel und Aufträge
- Schaffung der Stelle eines Integrationsbeauftragten

Öffentliche Aufgaben in öffentliche Hände

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- Keine Privatisierung kommunaler Betriebe und Aufgaben
- Rekommunalisierung ausgegliederter Aufgaben
- ortsnahe und ausreichende Präsenz von Polizei
- Rückverlagerung der Leitstellen von Polizei- Feuerwehr- und Rettungsdiensten nach Gladbeck
- keine weiteren PPP-Projekte

Sport und Freizeit

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- Zugang zu sportlicher Betätigung für alle Menschen
- Verfügbarkeit von Hilfsmitteln bei körperlichen oder geistigen Einschränkungen
- Förderung von Kindern in ihrer körperlichen Entwicklung ab dem Kindergarten
- Schwimmausbildung für alle Kinder während der Schule
- finanzielle Probleme bei Kindern und Jugendlichen sind durch entsprechende Förderungen aufzufangen
- altengerechte Sportangebote, um möglichst lange die Selbständigkeit zu erhalten
- Förderung nicht nur des Spitzensports, sondern insbesondere des Breitensport durch die Kommune

Wir sagen der Armut den Kampf an

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- einen Stopp der Zwangsumzüge für Hartz IV-Empfänger
- einen Stopp von Sanktionen
- die Schaffung öffentlich geförderter, tarifgebundener Beschäftigungsverhältnisse statt 1-Euro-Jobs
- den Aufbau öffentlich finanzierter Hartz IV- und Sozialberatungsstellen
- eine bessere personelle Ausstattung und Qualifizierung der Beschäftigten

Unsere Kandidaten für den Rat

Platz 1 Olaf Jung

Diplom-Ingenieur, Jahrgang 1964, verheiratet, ein Sohn

Soziale Gerechtigkeit ist das Programm der LINKEN und auch mein Anliegen. Ich möchte die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und für künftige Generationen wieder verbessern und die Politik für alle transparent und verständlich gestalten.
In Butendorf setze ich mich besonders für die berechtigten Belange der Menschen in Sachen A52 und Problemimmobilien ein.

Platz 2 Rüdiger Jurkosek

Diplom-Sozialarbeiter, Jahrgang 1958, verheiratet, eine Tochter

Beispielhafte Leitlinien von Politik für mich sind:
- 100% + X als Ziel bei den Plätzen in unseren Kitas
- Offene Angebote für Kinder und Jugendliche in allen Stadtteilen
- nicht in die Kanalisation
- Schluss mit der Automobilvorrangpolitik / NEIN zur A52
- Ich kann mir Tempo 30 auf 90% der Straßen in Gladbeck gut vorstellen

Platz 3 Herbert Böhler

Maschinenbautechniker, Jahrgang 1944, verheiratet, ein Kind

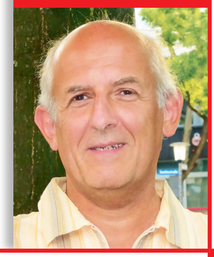
Wir müssen alles tun, um die Folgen des Klimawandels für die Menschen in Gladbeck zu mildern. Vorrang für Fußgänger, Radverkehr und Bus und Bahn ist für mich deshalb ein Ziel mit absoluter Priorität. Auch gegen den Ausbau der B224 zur A52 werde ich weiter kämpfen.
Darüber hinaus möchte ich mich für die Integration unserer zugewanderten Mitbürger einsetzen.

Platz 4 Ingrid Wiechert

Germanistin + Programmiererin, Jahrgang 1961, drei Kinder

Ich bin seit 2005 für DIE LINKE aktiv, seit einigen Jahren auch in Gladbeck. Gladbeck ist meine Wahlheimat und ich fühle mich hier unglaublich wohl. Aber wie in allen Städten gibt es auch hier Verbesserungsmöglichkeiten, besonders unter sozialen und ökologischen Aspekten. Auch in der Frauenpolitik in Gladbeck möchte ich mich für positive Veränderungen und ein Umdenken einsetzen.

Platz 5 Andreas Martin



Diplom-Ingenieur, Jahrgang 1964, ledig

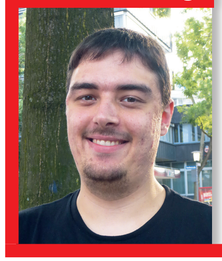
Meine Interessen in der Politik sind der Bereich Sport sowie berufsbedingt die Stadtentwicklung und die Digitalisierung. Dabei ist es mir wichtig, dass neben modernen digitalen Verfahren auch nicht-digitale Verfahren existieren, um allen Bürgern den Zugang zu allen Diensten zu ermöglichen. Auch im Schulbereich kann es nur ein Miteinander von digitalen und analogen Lernen geben.

Platz 6 Franz Kruse

Elektrotechniker, Jahrgang 1954, verheiratet, ein Kind

In Gladbeck ist es schön. Hier bin ich aufgewachsen und hier lebe ich gerne. Doch unsere Lebensqualität ist bedroht.
Ich will, dass die Mottbruchhalde ein Bürgerpark wird anstatt einer Windenergieanlage zu dienen, die A52 werde ich weiter bekämpfen und die stark kokelnde Moltkehalde muss wieder beruhigt werden. Damit Gladbeck schön bleibt.

Platz 7 Benedikt Jung



Stadt- und Regionalplaner, Jahrgang 1994, ledig

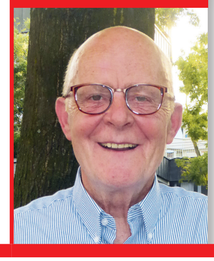
Ich setze mich für soziale Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit ein, das habe ich mit meinem Studium auch zum Beruf gemacht.
Daher liegt mir auch ein Gladbeck, in dem jeder gut und gesund leben kann, sehr am Herzen.
Der Klimawandel wirkt sich entscheidend auf uns alle aus, daher setze ich mich für die Klimaresilienz Gladbecks ein.

Platz 8 Philipp Euler

Projektleiter, Jahrgang 1983, ledig

Gern möchte ich mich für die Belange der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Ich halte es für entscheidend, dass wir in der politischen Landschaft von Gladbeck Kontinuität schaffen. Nur so ist es möglich, geschaffene Kontakte und Netzwerke aufrecht zu erhalten. Ein politischer wie auch Gesellschaftlicher Neuanfang ist möglich. Nutzen Sie Ihre, Stimmen Sie am 13.09.2020 für Die Linke. Eine bessere Politik ist auch in Gladbeck möglich.

Platz 9 Bernd Joemann



Diplom-Sozialwissenschaftler, Jahrgang 1950, zwei Söhne

Ich setze mich ein für einen Bürgerpark auf der Mottbruchhalde anstelle eines Windrades. Ich strebe ein dicht getaktetes, preiswertes Nahverkehrsnetz an, das auch in späteren Abendstunden zur Verfügung steht. Ich setze mich auch dafür ein, dass der gesamte Straßenraum auch für Radfahrer und Fußgänger attraktiver wird. Da zu gehört u.a. ein gut ausgebautes Radwegenetz.,

Kultur für alle – kreativ und vielfältig

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- Räume zur Selbstverwirklichung für alle, die kreativ werden wollen
- Vielfalt von Veranstaltungen, um Kultur für Menschen erlebbar zu machen
- Hilfestellung bei der Vernetzung und Umsetzung von Veranstaltungen
- einen Schutzschirm für bestehende Einrichtungen und Aktionen
- Angebote, die es Menschen ermöglichen, neue Erfahrungen zu machen

Anzeige
Mittendrin Samstag, 5. September 2020

Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- eine gesicherte Finanzierung der Frauen- und Mädchenförderung in Gladbeck
- gezielte Arbeitsmarktprogramme für Alleinerziehende
- Schutzprogramme gegen körperliche und sexuelle Gewalt
- eine Stärkung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sowie eine entsprechende Sicherstellung der materiellen Grundlagen ihrer Arbeit

Bildung kostenfrei für alle

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- gebührenfreie KiTa-Plätze ab dem ersten Lebensjahr
- die Verringerung der Gruppengrößen und eine erhebliche Verbesserung des Personalschlüssels
- eine Gesamtschule für den Gladbecker Süden; auch in Brauck sollen junge Menschen bis zum Abitur lernen können
- kostenlose Erstausstattung für alle Schulanfänger
- Ausstattung aller Schüler mit Tablets für den digitalen Unterricht

Vorrang für Rad und Nahverkehr

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- kürzer und besser getaktete Bus- und Bahnverbindungen
- ein engmaschiges Streckennetz
- barrierefreie Bahnhöfe und Bushaltestellen
- sinnvollere Anbindungen an den Bahnhöfen und an die Netze der Nachbarstädte
- ein echtes Sozialticket für Bus und BahnW
- seniorengerechte Einrichtung von Bus und Bahn
- frei zugängliche Ladestationen für Elektro-Zweiräder
- die Schaffung eines sicheren Fahrradwegenetzes in Gladbeck

Für eine sozial gerechte und umweltgerechte Stadt

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ein kommunales Förderprogramm zur nachträglichen Wärmedämmung des Altbaubestandes
- eine Reduzierung der Lärm- und Feinstaubbelastung, vor allem in der Innenstadt und entlang von A2 und B224
- Unterstützung der Naturschutzverbände
- Ausbau und Erhalt von Naherholungsbereichen
- mehr Transparenz in der städtischen Wohnungsgesellschaft GWG
- mindestens 30% sozialer Wohnungsbau bei allen Neubauvorhaben
- Beseitigung von städtebaulichen „Schandflecken“
- mehr Sauberkeit im gesamten Stadtgebiet
- Stadtteilzentren zur ortsnahen Versorgung der Bürger
- eine konsequente Bürgerbeteiligung bei der Stadtplanung.
- Berücksichtigung des Klimaschutzes bei öffentlichen Ausschreibungen
- stärkere Berücksichtigung guter und sicherer Arbeitsbedingungen bei öffentlichen Ausschreibungen

Es bleibt bei NEIN zur A52

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- Aufnahme der B224 in die Umweltzone Ruhrgebiet
- nächtliches LKW-Fahrverbot und Tempo 50 auf der B224 in Gladbeck
- optimalen Lärmschutz an der A2 in Brauck/ Butendorf
- den Schutz Wittringens und der Brillenteiche gegen den Lärm der A2 und der B224
- Verkehrsverminderung und den Umbau der B224 zu einer städtischen Allee

„Eine Ruhr für Alle …“

Am 13.9. wird das erste Mal auch das Ruhrparlament direkt gewählt

v.l.n.r.: Fatma Karacakurtoglu (Listenplatz 3), Tomas Grohé (Listenplatz 6), Olaf Jung (Listenplatz 4), Wolfgang Freye (Listenplatz 1), Gültaze Aksevi (Listenplatz 5)

Bei den Kommunalwahlen am 13.9.2020 wird das erste Mal auch das Ruhrparlament direkt gewählt, die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR). Bisher wurde sie von den Räten der kreisfreien Städte und den Kreistagen gewählt.
London, Paris, Ruhr – das ist die Reihenfolge der größten europäischen Ballungsräume. 5,1 Millionen Einwohner/innen leben an Ruhr, Emscher, Lippe und Rhein in 11 kreisfreien Städten und 4 Landkreisen, insgesamt gibt es 53 Städte im Ruhrgebiet. Diese Region braucht mehr Zusammenarbeit der Städte und weniger Kirchturmdenken. Denn die wirtschaftliche und politische Situation ist in der ganzen Region ähnlich: Sie war lange das industrielle Zentrum Deutschlands mit der Montanindustrie als Kern und hat inzwischen einen beispiellosen Strukturwandel erlebt. Die Arbeitslosenzahlen an der Ruhr gehören mit zurzeit mehr als 10 % zu den höchsten bundesweit. Die Langzeiterwerbslosigkeit ist hoch. Mehr als jede/r fünfte Einwohner/in lebt von ALG II oder Sozialgeld, fast jedes dritte Kind wächst in armen Verhältnissen auf. Gleichzeitig wurden die Kommunen abgehängt und sind hochverschuldet. Wegen der hohen Armut haben sie überdurchschnittliche Sozialausgaben und unterdurchschnittliche Einnahmen, z.B. an der Gewerbesteuer. Das verlangt nach mehr Kooperation und einer starken politischen Vertretung für das Ruhrgebiet. Deshalb ist DIE LINKE für eine Stärkung des RVR. DIE LINKE bzw. ihre Vorläufer sind seit 2004 in der Verbandsversammlung des RVR vertreten. In der laufenden Wahlperiode verfügt eine XXL-Koalition von CDU, SPD und Grünen. über 80 % der Stimmen, ist inzwischen aber so zerstritten, dass klar ist: Das Ruhrgebiet braucht einen politischen Neustart. Der interne Streit der Koalition hat entscheidend dazu beigetragen, dass der neue Regionalplan Ruhr sich um Jahre verzögert. Wir wollenl eine soziale, solidarische und klimagerechte Entwicklung der Region. Als alte Industrieregion brauchen wir ein Konzept für den sozial-ökologischen Wandel. Wir brauchen eine integrative und inklusive Politik, die Chancen für alle eröffnet, auch für die neu Zugewanderten. Gerade das Ruhrgebiet hat gelernt, dass Zuwanderung eine Bereicherung ist. Ihre politischen Ziele für das Ruhrparlament hat DIE LINKE in einem Wahlprogramm mit dem Titel „Eine Ruhr für Alle – sozial, solidarisch, klimagerecht, vielfältig“ zusammengefasst. Auf der Liste der LINKEN kandidieren zehn Frauen und zehn Männer aus allen kreisfreien Städten und Landkreisen im Ruhrgebiet.

Rolf Kohn

Landratskandidat der LINKEN für den Kreis Recklinghausen

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Viele Menschen in unserem Kreis sind arm. Unser Wasser und unser Wald sind in Gefahr. Es fehlen barrierefreie und bezahlbare Wohnungen für alte Menschen, Familien mit Kindern und Menschen mit Behinderungen. Das und Vieles andere will ich gemeinsam mit Ihnen verändern. Deshalb fordern wir:

- Mehr Demokratie durch Bürgerkonferenzen und ein Kreisjugendparlament
- Beschränkung der Grundwasserentnahmen z.B. durch Westfleisch
- Die Gründung einer Kreis-Wohnungsgesellschaft
- Einen Gesundheits- und Armutsbericht und mehr Prävention
- Keine Sanktionen für Bezieher*innen von SGB 2
- Verpachtung der kreiseigenen Nutzflächen an den Öko-Landbau
- Ausbau der Berufskollegs: modern, barrierefrei und bedarfsgerecht

Wählen Sie am 13. September DIE LINKE, wählen Sie mich als Landratskandidat, denn

Politikwechsel mit uns bedeutet mehr Lebensqualität für Sie!

Sind Gladbecker Bürger dumm?

SPD, CDU und ZBG trauen ihnen Vermeidung von Mikroplastik nicht zu

Wie in unserer letzten Ausgabe berichtet hat die Fraktion der LINKEN im Frühjahr den Antrag gestellt, dass die von der Stadt kostenlos ausgegebenen Hundekotbeutel auf biologisch abbaubare umgestellt werden. Wegen der Corona-Krise wurde dieser Antrag erst am 24. August im Betriebsausschuss behandelt.
Überraschenderweise gab es in den Sitzungsunterlagen bereits eine dreiseitige (!) schriftliche Stellungnahme des ZBG, in der ausführlich dargelegt wurde, warum unser Ansinnen **zu teuer, sinnlos und sogar ein „falsches Signal“** sei. Eine solche Stellungnahme erfolgt normalerweise mündlich und erst während der Sitzung im Rahmen der Diskussion. Hier wurde bereits im Vorfeld Einfluss auf die Meinungsbildung der Ausschussmitglieder ausgeübt, was wir nicht sehr demokratisch finden.

Zu teuer: Um eine Verdopplung der Kosten von 6.000 Euro auf 12.000 Euro pro Jahr zu konstruieren, wurde der Preis der städtischen Kotbeutel aus Plastik (für die es sicherlich Mengenrabatt gibt) mit dem der teuersten biologisch abbaubaren Beutel in einer haushaltsüblichen Menge auf Amazon verglichen. Eigene Recherchen haben gezeigt, dass ein günstiges Angebot für biologisch abbaubare Beutel dem von der Stadt bezahlten Preis für Plastikbeutel fast gleichkommt, Mengenrabatt nicht eingerechnet.
Sinnlos sei unser Anliegen, weil die Beutel ohnehin im Restmüll landen würden Das war uns klar – aber an keiner Stelle entsteht dort Mikroplastik!
Falsches Signal: Der Gipfel aber war das Argument, dass die biologisch abbaubaren Beutel, die ja häufig auch im Gebüsch entsorgt werden, zu langsam verrotten würden, als dass es dem ZBG ersparen würde, diese dort wieder herauszufischen. Es wird sogar ein Anstieg der wild entsorgten Beutel vorausgesagt. Wörtlich heißt es:
„Die Anschaffung von abbaubaren Hundekotbeuteln kann ein falsches Signal sein und würde vermutlich dazu führen, dass viele Hundebesitzer die Hinterlassenschaften ihrer Tiere nicht mehr in städtischen Abfallbehältern oder eigenen Mülltonnen entsorgen. Wahrscheinlich setzt sich dann der Gedanke ‚ist ja Bio‘ in den Köpfen fest.“

Der Antrag wurde letztlich mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt.
Wir halten die Bürger nicht für so verantwortungslos und dumm, insbesondere nicht diejenigen, die die Kotbeutel tatsächlich nutzen (und oft genug vergeblich einen Abfallbehälter dafür suchen). Verantwortungslos und dumm ist es vielmehr, weiterhin 363.000 Plastikbeutel pro Jahr, aufgewickelt auf 24.200 Plastikröhrchen, auszugeben, anstatt verantwortungsbewusst einen Schritt in die richtige Richtung zu gehen. und ein Vorbild zu sein.

Impressum
Herausgeber: Die Linke. Gladbeck
V.i.S.d.P.: Rüdiger Jurkosek
Lambertistraße 7
45964 Gladbeck

Tel.: 02043 - 3 78 22 40
info@dielinke-gladbeck.de

www.dielinke-gladbeck.de
www.facebook.de/DieLinke.Gladbeck
Satz und Layout: Ingrid Wiechert

A 52: „Höchststrafe für Gladbeck“ droht

In der von der LINKEN Fraktion beantragten Sondersitzung des Rates sprach Projektleiterin Fehren-Schmitz davon, dass der Bau der A 52 zwischen der A 42 und der A 2 mit dem Autobahndreieck in Wittringen und die unveränderte Beibehaltung der anschließenden B 224 durch Gladbeck eine Zwischenlösung sei. Schon in den Planungsunterlagen konnte man lesen: „Die Weiterführung der A 52 in Richtung Norden ist zurzeit nicht absehbar.“
Für wie lange die Zwischenlösung Bestand haben soll, hat die Projektleiterin trotz zweimaliger Nachfrage nicht beantwortet. Die Aufteilung des Autobahnprojektes in mehrere Planabschnitte hat also nicht, wie jahrelang vermittelt, nur technische Gründe. Straßen. NRW will das Autobahndreieck wirklich so bauen, wie in der Planfeststellung vorgelegt. Diese Form des Ausbaus, die der vormalige Landesminister Wittke (CDU) schon vor vielen Jahren angedroht hatte und von Ex-Landesminister Groschek (SPD) 2014 als offizielle Planung auf den Weg gebracht wurde, bezeichnete der Gladbecker Bürgermeister 2015 noch als ***„Höchststrafe für Gladbeck“.***
Ein solches Provisorium hätte erhebliche Nachteile für die Menschen, die in Gladbeck leben. Die negativen Auswirkungen auf Lärm, Luftschadstoffe und Verkehrsverlagerungen durch das vorhersehbare Chaos wegen der dann noch stärker befahrenen B 224-Ortsdurchfahrt im Stadtgebiet werden im aktuellen Planverfahren gar nicht untersucht. Bürgermeister und Verwaltung haben versucht, das Thema in einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses bereits einige Wochen vor der öffentlichen Offenlage der Pläne ganz kurz und bündig abzuräumen, spätabends am Ende einer mehr als 6-stündigen Sitzung. Sie behaupteten, damit wäre alles getan, die Sondersitzung des Stadtrates passte Bürgermeister und SPD überhaupt nicht. Immerhin haben CDU und Grüne jetzt die Bedenken der LINKEN geteilt und gemeinsam für die Einwendungen des Stadtrates gegen die vorliegende Planung der A 52 zwischen Essen und Gladbeck gestimmt. Leider hat sich in der Abstimmung die SPD mit ihrer Mehrheit durchgesetzt und eine eigenständige Einwendung des Stadtrates verhindert. Die Gladbecker Bürger müssen nun durch eigene Einwendungen selbst alles tun, um diesen Murks zu verhindern. Denn die Erfahrung in dieser Stadt lehrt, dass hier nichts so lange Bestand hat wie ein Provisorium.

Die beste Lösung ist der Verzicht auf den Ausbau der B224 zugunsten einer Verkehrsberuhigung und Verminderung des Durchgangsverkehrs. Aber das Land NRW plant nun mal anders, und zwar auf eine für Gladbeck unzumutbare Weise.